

AZB
CH-4127 Birsfelden
P.P. / Journal

Postcode 1

Mutationen melden an:
GSoA, PF 330, 4127 Birsfelden

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2007 Nr. 129

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Verteidigungsminister Samuel Schmid sieht sich als Vorkämpfer im «Krieg gegen den Terror» und kann sogar gewisse Parallelen zwischen sich selbst und James Bond feststellen. Auf Ebene der realen Politik wird er jedoch Mal für Mal desavouiert: der Entwicklungsschritt 08/11 wurde gestoppt, das Rüstungsprogramm 06 kam denkbar knapp durch, die Aussenpolitische Kommission stellte sich gegen den Ausbau der Auslandseinsätze der Armee. Niederlage um Niederlage muss Schmid einstecken. Dass er darob nicht resigniert zeigt nur, dass Schmid die Logik des VBS verinnerlicht hat: wenn Selbstbild und Realität nicht übereinstimmen, so muss sich die Realität geirrt haben. Unsere Berichte zur sich ausweitenden **Sinnkrise der Armee** befinden sich auf den Seiten 5-7.

Waffenexporte sind ein schmutziges Geschäft. Wem das noch immer nicht klar ist, der sollte sich nur mal unsere Artikel auf den Seiten 3 und 4 zu Gemüte führen. Lügen und Korruption durchdringen das Geschäft mit dem Tod. Vor einigen Monaten wurde ein Pilatus-Flugzeug in den **Tschad** exportiert, offiziell als Trainingsflugzeug. Doch nun wurde es bereits im Kampf eingesetzt.

Unsere Artikel zu internationalen Themen befinden sich diesmal auf den Seiten 8-11. Vier Jahre nach Kriegsbeginn ist die **Lage im Irak** desolat. Ein Bericht zeigt wie Tod, Elend und Flucht das Land auszehren.

Auf Seite 11 machen wir den Auftakt zu einer besonderen Rückblick-Serie: Die GSoA feiert dieses Jahr ihren **25. Geburtstag**. Wir halten Rückschau und präsentieren Artikel aus vergangenen Zeiten.

Wir wünschen eine informative, anregende und unterhaltsame Lektüre

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

PS: Auch nach 25 Jahren ist die GSoA noch auf ihre treuen Spender angewiesen. Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein kannst Du Deinen Beitrag zum weiteren Erfolg der GSoA leisten.

EINLADUNG ZUR VOLLVERSAMMLUNG DER GSOA AM 31. MÄRZ 2007

(rr) Wir laden alle GSoA-Mitglieder und -AktivistInnen ein, an der Vollversammlung teilzunehmen und sich an den Diskussionen zu beteiligen. Neben der laufenden Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» kommt ein neues politisches Projekt auf uns zu: Im Laufe dieses Jahres soll eine Initiative, die das Recht auf Waffen abschafft, lanciert werden. Die Vollversammlung soll neben inhaltlichen Informationen und Diskussionen auch Gelegenheit bieten, einander kennenzulernen.

Provisorisches Programm:

10:15 Uhr Begrüssung
10:30 Uhr Rückblick auf das letzte Jahr, Ausblick in die Zukunft:
Stand Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»
Aktivitäten im letzten/nächsten Jahr
11.00 Uhr Inputreferat zum Thema «Waffen – zuhause im Schrank und international auf dem Weg in Konfliktgebiete?»

12.00 Uhr Initiative für ein restriktives Waffengesetz: Information, Diskussion und Beschluss über die Unterstützung des Initiativprojektes durch die GSoA
12.30 Uhr Mittagessen
13.30 Uhr Workshops zum Thema Waffenexporte und Waffengesetz
15.00 Uhr Statutarische Geschäfte
15.30 Uhr Schluss

Da die GSoA 2007 25-Jährig wird, freuen wir uns besonders, die diesjährige Vollversammlung am Gründungsort der GSoA, im Restaurant Kreuz in Solothurn durchführen zu können.

Wegbeschreibung:

Zu Fuss ab Bahnhof Solothurn: Durch die Unterführung, dann entlang der Hauptbahnhofstrasse und die Fussgängerbrücke überqueren, gleich nach der Brücke die erste Gasse links, gegenüber dem Landhaus liegt das Hotel Kreuz (Kreuzgasse 4).

KRIEGSMATERIAL-INITIATIVE

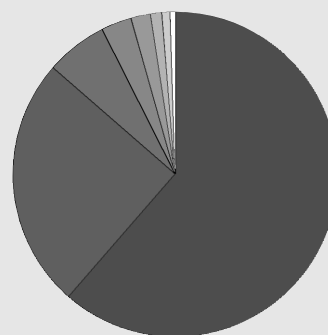
Die Unterschriftensammlung geht voran

Seit Ende Juni 2006 sammelt die GSoA Unterschriften für die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». An dieser Stelle geben wir erstmals Einblick in die detaillierte Sammelstatistik. Von Andreas Cassee

Trotz winterlicher Temperaturen ist die Unterschriftensammlung kaum ins Stocken geraten. Per Ende Januar wurden insgesamt 74'968 Unterschriften gesammelt, davon sind rund 66'000 gültig. Da der Anteil der ungültigen Unterschriften erfahrungsgemäss noch etwas ansteigen wird, gehen wir davon aus, dass wir noch gut 45'000 Unterschriften brauchen, um die Initiative mit 100'000 Gültigen einreichen zu können.

Woher die Unterschriften kommen, zeigt das nebenstehende Kuchendiagramm. Am fleissigsten sammeln bisher die Regionalgruppen der GSoA, allen voran die Regionalgruppe Bern, die bereits über 11'000 Unterschriften beigesteuert hat. Von den anderen Organisationen des Bündnisses gegen Kriegsmaterial-Exporte haben die Grünen am meisten gesammelt (4'491), gefolgt von der JUSO (2'423) und A Gauche Toute (1'362).

Wer hat wieviel gesammelt?



Beglaubigungsmarathon

Die GSoA gehört zu den wenigen Organisationen, die sich aus Kostengründen noch selbst um die Beglaubigung der Unterschriften kümmern. Die Bögen müssen kontrolliert, gezählt, gestempelt und an die einzelnen Gemeinden verschickt werden – eine Riesearbeit, die wir nur dank zahlreicher HelferInnen an den schon fast traditionellen Beglaubigungs-Sonntagen bewältigen können. Lust zum Mitmachen? Ein Mail an info@kriegsmaterial.ch genügt! Als Belohnung winken ein «Waffenvernichtungsmassen»-Shirt und die Belustigung an den Slogans auf dem Briefpapier der Gemeindebehörden. Unser momentaner Favorit: «Aktiv und wach – Rickenbach».

Ehrgeiziges Sammelziel

Angesichts des erfreulichen Zwischenstands haben wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis Ende Juli wollen wir die Marke von 120'000 Unterschriften erreichen, um dann Kapazitäten für weitere Projekte wie die Waffengesetz-Initiative (siehe Seite 7) zu haben. Dafür ist eine Kraftanstrengung nötig, die nur mit eurer Hilfe zu schaffen ist. Wer sich einer der GSoA-Regionalgruppen anschliessen möchte, möge sich doch bei uns melden (Kontakt siehe Seite 12). Auch für den zweiten gesamtschweizerischen Sammeltag am 17. März sind noch HelferInnen gesucht. Wir zählen auf euch!

UNTERSCHRIFTENSAMMELN IN ST.GALLEN

GSoA rekurriert gegen schikanöse Bewilligungspflicht

(fb) Das Unterschriftensammeln in der Innenstadt von St.Gallen ist bewilligungspflichtig. Ausserdem darf für ein Anliegen an maximal 6 Tagen pro Monat gesammelt werden. Für die Erteilung der Sammelbewilligung erhebt die St.Galler Gewerbebehörde auch noch eine Gebühr von 50 Franken (siehe auch GSoA-Zitig 128).

Diese demokratiefeindliche Beschneidung des Initiativrechtes lässt sich die GSoA nicht bieten. Gegen eine ergangene Sammelbewilligung für die Monate Dezember und Januar (mit den oben genannten Einschränkungen) wurde deswegen Rekurs erhoben. Der von Rechtsanwalt und Nationalrat Paul Rechsteiner (SP, SG) im Namen der GSoA verfasste Rekurs wendet sich sowohl gegen die Erhebung einer Gebühr für die Bewilligungserteilung, als auch gegen die Einschränkung der Sammelmöglichkeiten auf wenige Tage.

«Nicht gemeinverträglich»

Der Rekurs wurde dem St.Galler Stadtrat fristgemäss zugestellt. Die GSoA erwartet nun eine grundlegende Neubeurteilung der

St.Galler Bewilligungspflicht. Es ist bedenklich, dass die St.Galler Gewerbebehörde in der Sammlung von Unterschriften vor allem einen Störfaktor sieht, den es aus der Innenstadt möglichst fernzuhalten gilt. Gegen diese Tendenz richtet sich auch eine Petition, die ein St.Galler Bündnis um die Gruppe «Aktiv unzufrieden» im Januar beim Stadtrat einreichte. Über 800 Unterschriften kamen in kurzer Zeit zusammen, um gegen die St.Galler Regulierungswut beim Unterschriftensammeln und Flyerverteilen zu protestieren. Der GSoA liegt mittlerweile eine Stellungnahme der St.Galler Gewerbebehörde zu ihrem Rekurs vor. Darin wird das Unterschriftensammeln in Kleingruppen unter anderem als «nicht gemeinverträglich» bezeichnet. Um sich von anderen Städten abzuheben, die keine Bewilligungspflicht kennen, verweist die Gewerbebehörde auf die «topographische Kessellage der Innenstadt». Die GSoA wartet noch auf den Entscheid des Stadtrates und fragt sich mittlerweile, ob sich dieser wohl auch mehr der Topographie als der Demokratie verpflichtet fühlt.

PILATUS

Der Fall Tschad

Im Juli letzten Jahres exportierte die Stanser Pilatus ein Flugzeug des Typs PC-9 ins Bürgerkriegsland Tschad. Das Geschäft wurde damals mit der Begründung bewilligt, die Maschine werde nur für Trainingszwecke gebraucht. Jetzt verdichten sich die Hinweise, dass das Flugzeug bereits zwei Monate nach der Ausfuhr bewaffnet und gegen Rebellen eingesetzt wurde. Von Andreas Cassee

Am 7. Juli 2006 wurde bekannt, dass die Stanser Pilatus-Werke kurz vor der Auslieferung eines Leichtflugzeugs des Typs PC-9 an das tschadische Regime unter Idriss Déby standen. Othmar Wyss, der beim Staatssekretariat für Wirtschaft für die Bewilligung von Waffenausfuhren zuständig ist, sagte damals gegenüber der Nachrichtensendung 10vor10, er gehe davon aus, dass das Flugzeug nur fürs Training gebraucht werde. Diese Argumentation schien von vornherein fadenscheinig, besitzt die tschadische Luftwaffe doch gar keine Kampfflugzeuge, für die Piloten ausgebildet werden müssten. Jetzt verdichten sich die Hinweise, dass das Déby-Regime die Maschine mit Waffen ausgestattet und im Kampf eingesetzt hat.

«Trainingsmaschinen» bewaffnet im Einsatz. Dies bestätigt ein Bericht der Nachrichtenagentur Tchadactuel: Als die Regierungstruppen am 14. September 2006 Stellungen der Rebellen bei Hadjer Marfaine im Osten des Landes angriffen, taten sie dies mit Unterstützung aus der Luft. Im Artikel ist von zwei Pilatus-Flugzeugen die Rede, mit denen die Rebellen unter Beschuss genommen wurden. Da die Luftwaffe des Tschad zu diesem Zeitpunkt lediglich noch über eine flugtaugliche Maschine des älteren Typs PC-7 verfügte, die in den 80er-Jahren aus Frankreich importiert worden war, scheint klar: Nur zwei Monate

nach dem Export des angeblichen «Trainingsgeräts» ist die PC-9 aus der Schweiz bereits mit Bomben ausgerüstet und im Kampf eingesetzt worden.

Das Regime von Idriss Déby Itno gilt als eines der korruptesten der Welt. Déby übernahm 1990 mit Hilfe Frankreichs, der USA und Libyens in einem vom Sudan aus lancierten Feldzug die Macht im Land. Über 25'000 BürgerInnen seines Landes liess Déby laut Menschenrechtsorganisationen seither umbringen. Immer wieder wurde er mit Aufständen in verschiedenen Teilen des Landes konfrontiert, die er bisher mit militärischen Mitteln niedergeschlagen hat. Im April letzten Jahres eilte die französische Armee zu Hilfe, um einen Vorstoss der «Front Uni pour le Changement et la Démocratie» (FUC) in die Hauptstadt N'Djamena zu verhindern. Seit September 2006 kommt es im Osten des Landes immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen. Ein Ende des Bürgerkriegs ist nicht abzusehen.

Asylbehörden: «Die Lage ist ruhig»

Besonders stossend: Die Schweiz schreckt nicht einmal davor zurück, Flüchtlinge in genau die Region auszuschieben, in der die Pilatus-Flugzeuge Kampfeinsätze flogen. Der GSoA-Zitig ist der Fall eines jungen Mannes aus dem Osten des Tschad bekannt, dessen Asylgesuch mit der Begründung abgelehnt wurde, im Tschad es sei seit dem gescheiterten Angriff der Rebellen auf N'Djamena «ruhig». Der Tschader ist politisch verfolgt und hat sich zudem durch seine Abwesenheit der Wehrpflicht entzogen. Eine Beschwerde ist zur Zeit noch hängig, mittlerweile wurde immerhin aufschiebende Wirkung gewährt. Doch wäre der Mann nicht vorübergehend untergetaucht, so wäre er wohl bereits in den Tschad ausgeschafft worden.

Freiwilliger Verzicht soll Gesetzeslücke überdecken

Am 18. Dezember 2006 fragte Nationalrat Carlo Sommarugo (SP) Bundesrätin Doris Leuthard während der Fragestunde, ob der Bundesrat Informationen über die Verwendung der in den Tschad gelieferten PC-9 habe und ob er gegebenenfalls bereit sei, weitere Ausfuhren in das Bürgerkriegsland zu unterbinden. Die Sache sei in Abklärung, antwortete Leuthard, und: Die Pilatus Flugzeugwerke AG verzichteten freiwillig auf weitere Exporte in den Tschad.

Der Hintergrund dieses Verzichts: Der Bundesrat hat gar keine rechtliche Handhabe, um den Export von Pilatus-Flugzeugen in Kriegsgebiete zu unterbinden. Denn das Güterkontrollgesetz, dem die angeblichen «Trainingsflugzeuge» unterstehen, sieht die Verweigerung von Bewilligungen nur im Fall von UN-Embargos und anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen vor.

Natürlich ist nicht davon auszugehen, dass die Verantwortlichen bei Pilatus plötzlich moralische Skrupel haben. Vielmehr scheint die

GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten erste Wirkung zu zeigen: Man befürchtet offenbar, dass weitere Lieferungen in den Tschad politischen Schaden anrichten könnten.

Der Verzicht der Stanser Flugzeugwerke dürfte das Déby-Regime allerdings nicht gross schmerzen, laut einer Tchadactuel-Meldung vom 2. Januar 2007 hat es bereits drei weitere PC-7 gekauft – offenbar nicht direkt aus der Schweiz, sondern von einem Drittstaat. Das Güterkontrollgesetz sieht im Gegensatz zum Kriegsmaterialgesetz keine «Endverbraucher-erklärungen» vor. Ein Staat, der in der Schweiz Pilatus-Flugzeuge kauft, kann diese weiterverkaufen, ohne die Schweizer Behörden auch nur zu informieren.

So richtig konsequent scheint der Abbruch der Geschäftsbeziehungen zwischen Pilatus und dem Tschad ohnehin nicht gehandhabt zu werden. Laut der NZZ vom 27. Januar 2007 wurden nämlich kürzlich Mechaniker in Pilatus-Kleidung in N'Djamena gesichtet – wahrscheinlich, um die neu erworbenen PC-7 auf Vordermann zu bringen.



Flüchtlinge in der Grenzregion zwischen Tschad und Darfur

GPK-BERICHT ZU WAFFENEXPORTEN

Der Bundesrat macht, was ER für richtig hält

Im Dezember bewilligte der Bundesrat drei Gesuche für Kriegsmaterialexporte nach Indien, Pakistan und Saudi-Arabien. Damit brüskierte er die Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche nur wenige Wochen zuvor die bundesrätliche Praxis gerügt hatte. Von Martin Parpan

Mitte November 2006 hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates die Bewilligungspraxis für Rüstungsexporte kritisiert. Die GPK verlangte unter anderem, dass bei Ausfuhrsuchen dem Kriterium der Menschenrechtssituation im betroffenen Land ein höheres Gewicht beizumessen sei. Die GPK stützte sich dabei auf Artikel 5b der Kriegsmaterialverordnung (KMV), der besagt, dass als Bewilligungskriterium die «Situation im

Innern des Bestimmungslandes, namentlich die Respektierung der Menschenrechte» zu berücksichtigen sei. Von der GPK wurde zudem die Praxis kritisiert, wonach zwischen «systematischen» und «regelmässigen» Menschenrechtsverletzungen unterschieden wird. Länder, welche bloss «regelmässige» Menschenrechtsverletzungen begehen, werden ungeniert mit Schweizer Waffen versorgt. Für die GPK sind solche Staaten keine geeignete Kundschaft für Waffengeschäfte.

Trotz dieser Kritik bewilligte der Bundesrat im Dezember drei Waffenlieferungsgesuche für Indien, Pakistan und Saudi-Arabien. Die Menschenrechtssituation in diesen drei Staaten, so berichten etwa Amnesty International oder Human Rights Watch, ist äusserst prekär. Die Schweiz sollte dorthin also sicherlich keine Waffen exportieren, könnte

man meinen: Bekanntlich ist der Bundesrat aber zu einem anderen Schluss gekommen.

Unhaltbare Argumente

Die Argumente, die er dabei vorbringt, sind haarsträubend und peinlich. So wird argumentiert, dass es sich bei den Fliegerabwehrsystemen nicht um Waffen mit offensivem Charakter handle. Diese eigenartige Argumentation würde erlauben, dass künftig jeder Diktator auf dieser Welt mit sogenannten «defensiven» Waffen ausgerüstet werden könnte. Die Kategorien «offensive» resp. «defensive» Waffen sind in der Kriegsmaterialgesetzgebung nicht vorgesehen und somit nichts anderes als eine opportunistische Erfindung. Peinlich wird die Argumentation spätestens dann, wenn Bundesrätin Leuthard vor die Medien tritt und auf die Frage, ob die

Schweiz nun Rüstungsgüter in Krisengebiete liefern verkündet, dass es sich beim Kaschmir-Konflikt um einen «innerstaatlichen Konflikt» handle. Wie sich Bundesrätin Leuthard zu dieser Argumentation versteigen konnte, ist beim besten Willen nicht nachvollziehbar: Am Kaschmir-Konflikt sind Indien und Pakistan beteiligt – somit kann es sich also nicht um einen innerstaatlichen Konflikt handeln. Fazit: Es zeigt sich einmal mehr, dass der Bundesrat bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten gegen den Sinn und Zweck der Kriegsmaterialgesetzgebung verstösst. Zudem schlägt er Empfehlungen seiner Aufsichtskommission (GPK) in den Wind. Die Rüstungsindustrie freut sich – in ihre Kassen fliessen mehr als 500 Millionen Franken.

RÜSTUNG & KORRUPTION

Der 84-Milliarden-Dollar-Deal

In Grossbritannien gerät die Regierung unter Beschuss, weil sie die Untersuchungen zu einem Waffengeschäft eingestellt hat, das offensichtlich durch Bestechung zustande kam. Es ist davon auszugehen, dass sich die Praktiken schweizerischer Unternehmen nicht gross von denen in England unterscheiden.

Von Andreas Weibel

Am 15. Dezember des vergangenen Jahres hat die britische Regierung entschieden, die Untersuchungen über den sogenannten Al

Yamamah-Deal «aus Gründen der nationalen Sicherheit» einzustellen. Dieses Geschäft zwischen dem saudischen Königreich und der englischen Rüstungsfirma BAE Systems umfasste die Lieferung und Wartung von Kampfsjets im Wert von unglaublichen 84 Milliarden Dollar. (Zum Vergleich: Das ist etwa doppelt soviel wie die Eidgenossenschaft pro Jahr insgesamt ausgibt.) Nach rund zwei Jahren Nachforschungen waren Scotland Yard und das «Serious Fraud Office» zur Einsicht gelangt, dass bei der Einföhlung des Deals massive Schmiergeldzahlungen geflossen sind. Teilweise wurden die Gelder auf Genfer Bank-

konten überwiesen, einen anderen Teil liess BAE den saudischen Waffenkäufern angeblich in Form von Prostituierten-Diensten zukommen.

Das schmutzige Business

Die Untersuchungsergebnisse sind an sich schon Aufsehen erregend. Noch brisanter werden sie, da momentan über ein weiteres Geschäft von ähnlichem Umfang verhandelt wird. Der Entscheid von Tony Blair, den Generalstaatsanwalt zurückzubinden, dient in erster Linie dazu, diesen neuen Deal nicht zu gefährden.

Die Enthüllungen in England sind jedoch bloss die Spitze des Eisbergs. In keiner anderen Branche ist Korruption so verbreitet wie im Rüstungsgeschäft. Traditionell laufen die

Käufe von Kriegsmaterial im Dunkeln ab, und die Militärbudgets sind grundsätzlich nicht transparent. Das lässt viel Platz für luschige Praktiken. Kommt hinzu, dass der Waffenhandel als einziger Sektor von den WTO-Regeln über das öffentliche Beschaffungsweisen ausgenommen ist.

Und die Schweiz?

Auch Schweizer Rüstungsunternehmen sind vor Korruption nicht gefeit. Und ebenso wenig wie in Grossbritannien werden sie dafür zur Rechenschaft gezogen. 2004 enthüllte ein Ruag-Angestellter einen Bestechungsskandal beim Verkauf von Armeefahrzeugen. Aber anstatt dass die Geschäftspraktiken der Ruag untersucht worden wären, wurde ein Verfahren gegen den Informanten eröffnet – wegen Verrat von Geschäftsgeheimnissen.

Zudem exportieren Schweizer Firmen im grossen Stil Waffen in Länder, welche dafür bekannt sind, dass die Behörden empfänglich für Schmiergeldzahlungen sind. Gerade im Dezember bewilligte der Bundesrat wieder Kriegsmaterial-Lieferungen im Umfang von knapp 400 Millionen Franken nach Saudi-Arabien (siehe Seite 3). Ebenfalls zu reden gab im vergangenen Jahr der Export eines Pilatus-Militärflugzeuges in den Tschad. Nicht nur aus humanitärer Sicht ist dieser Deal äusserst bedenklich (siehe Seite 3). Tschad ist laut der Rangliste von Transparency International das korrupteste Land der Welt. Obwohl bisher keine konkreten Beweise bekannt wurden: Es muss davon ausgegangen werden, dass auch bei diesem Geschäft nicht alles mit rechten Dingen vonstatten ging.

Generell wird in der Schweiz dem Aspekt der möglichen Korruption bei der Bewilligung von Rüstungsausföhren überhaupt keine Beachtung geschenkt. Dies wäre jedoch dringend nötig. Denn nicht nur untergräbt Bestechung die Rechtsstaatlichkeit der Empfängerländer von Waffenlieferungen, auch werden damit in unserem Land Betriebe am Leben erhalten, welche auf dem freien Markt nicht konkurrenzfähig wären.

Ruag: Knapp am «Public Eye Award» vorbei

(ac) Die bundeseigene Rüstungsfirma Ruag hat es unter die letzten drei Anwärter auf den «Public Eye Swiss Award» geschafft. Dieser «Anti-Oskar» für besonders verantwortungslose Unternehmen wird jährlich von der Erklärung von Bern und Pro Natura anlässlich einer Gegenveranstaltung zum World Economic Forum (WEF) in Davos verliehen.

Die GSoA hatte die Ruag nominiert, da sie die europaweit grösste Herstellerin von Kleinkaliber-Munition ist. Jeden Tag sterben rund 1'000 Menschen durch solche Geschosse. Zudem produziert die Ruag Cluster-Munition, die ähnliche Folgen hat wie die mittlerweile geächteten Anti-Personenminen: Nicht explodierte Bombensplitter bleiben als Blindgänger liegen und stellen noch Jahre später eine Gefahr für die Zivilbevölkerung dar.

Gewonnen hat den wohl am wenigsten begehrten Preis der Schweizer Wirtschaftswelt schliesslich nicht die Ruag, sondern Novartis. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, sich mit allen Mitteln gegen die Produktion von erschwinglichen Generika des Krebs-Medikaments «Imatinib Mesylate» zu stemmen.



ISRAEL

Global Player im Waffenhandel

«Stopp der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit mit Israel und dem Nahen Osten» ist eine gemeinsame Forderung der unterschiedlichsten Friedensbewegungen – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Doch wie relevant ist der israelische Rüstungssektor überhaupt?

Von Tobias Schnebli

Seit dem Wiederaufflammen des Konfliktes in Palästina/Israel im Jahr 2000 wurde die Forderung nach einem Stopp der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit mit Israel in verschiedenen europäischen Ländern laut. In der Schweiz wurde 2002 ein gemeinsamer Aufruf von rund 50 Organisationen lanciert, mit dem der Bundesrat aufgefordert wurde, die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem israelischen Rüstungssektor zu stoppen. Im selben Jahr forderte eine Koalition von 21 holländischen Organisationen, der Export

und Transit von militärischen Gütern von resp. durch Holland nach Israel sei zu verbieten. Ähnliche Kampagnen gibt es heute auch in Grossbritannien oder in Deutschland, wo derzeit die Petition «Keine Rüstungslieferungen nach Nahost!» im Gang ist.

Gegen Rüstungszusammenarbeit

All diese Kampagnen gehen davon aus, dass die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit mit einem Staat, dessen Politik gravierend gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verstösst, sowohl moralisch als auch friedenspolitisch verfehlt ist. Sie erzeugen den nötigen politischen und wirtschaftlichen Druck, damit die israelische Regierung von ihrer Kriegspolitik abkehrt und das Völkerrecht umsetzt.

Sowohl der Import als auch der Export von Rüstungsgütern aus resp. nach Israel tragen zur Stärkung des israelischen Kriegshandwerks bei. Der Schweizer Verteidigungsminister Schmid und seine europäischen Amts-

kollegen weisen diese Überlegungen aber regelmässig zurück: Die Geschäfte mit Israel seien von einem zu geringen Ausmass und würden sich als Druckmittel deshalb nicht eignen.

Spitzenrolle Israels im «globalen Markt für Sicherheit»

Israel ist rüstungstechnisch zu einem grossen Teil auf die Waffenlieferungen aus den USA angewiesen. Wohl nicht zuletzt wegen dieser hohen Abhängigkeit ist Israel bestrebt, rüstungsindustrielle Beziehungen zu anderen Ländern aufzubauen.

Die Aussenorientierung des israelischen Rüstungssektors ist schon heute augenfällig: Rund drei Viertel der israelischen Rüstungsproduktion wird exportiert, wobei der Rüstungsexport 20 Prozent des israelischen Aussenhandels ausmacht. Die grössten Exportmärkte sind Asien, die USA und Europa. Israelischen Angaben zufolge belegte das Land im Jahr 2006 Platz 5 in der Rangliste der waffenexportierenden Nationen.

Israelische Rüstungskonzerne, sowohl staatliche wie die Israeli Aircraft Industries (IAI)

oder Rafael Armament Authority als auch private wie Elbit Systems Ltd., haben in den letzten Jahren durch Zukäufe, Beteiligungen, Joint Ventures und sonstigen Kooperationsverträge ihre internationale Ausrichtung verstärkt. So werden heute schon einige Produkte der israelischen Rüstungsindustrie in Europa produziert: Im boomenden Drohngeschäft gibt es bereits zwei israelisch-europäische Kooperationen (IAI mit EADS; Elbit Systems mit Thales).

Besonders zukunftssträchtig scheint, laut dem israelischen Militärexperten Sharon Sadeh, der Sektor der inneren Sicherheit: «Israel anticipates a significant worldwide growth in budgets for homeland security, counter-terrorism and asymmetric warfare, especially in the areas of installations protection, border systems, bio-terror prevention, data security, and access control». Auch unter diesem Aspekt gilt: die Forderung nach einem Stopp der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit mit Israel gewinnt an Bedeutung.

AUSSENPOLITISCHER KURSWECHSEL

Militarisierung der Aussenpolitik vorläufig gestoppt

Auf Vorschlag des GSoA-Mitglieds Geri Müller lehnte die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates am 30. Januar eine Ausweitung der Auslandseinsätze der Armee ab. Entscheidend dabei waren die zwei SP-Stimmen zugunsten einer Beschränkung auf das zivile Friedenshandwerk. Samuel Schmid verfügte kurz darauf das, was eine parlamentarische Initiative der Grünen bereits am 20. September 2004 vorgeschlagen hatte: einen Marschhalt. Von Josef Lang

Auch wenn der VBS-Chef seinen Rückzieher mit der Überlastung der Instruktoren begründete, wissen alle, dass der Hauptgrund woanders liegt. Die militärischen Auslandseinsätze sind in der Bevölkerung wie auch im Parlament trotz der einseitigen behördlichen und medialen Propaganda nicht mehr mehrheitsfähig. Vor allem in der Linken ist die bei der Abstimmung über die Auslandseinsätze vom Juni 2001 noch vorherrschende Position immer mehr in die Defensive geraten. Besonders deutlich zeigte sich das vor zwei Jahren im Nationalrat als die Transportflugzeuge aus dem Rüstungsprogramm ge-

kippt wurden und vor einem halben Jahr an der SPS-Delegiertenversammlung in Delémont bei deren überdeutlichem Entscheid für ein Kriegsmaterialexportverbot. Wer gegen den Verkauf von Kriegsmaterial ist, dem fehlen auch die Argumente und die Motivation für die Entsendung von Kriegspersonal.

Kurswechsel in der Linken

Wo liegen die Gründe für den Gesinnungswandel in der Linken? Zuerst einmal stand der 60prozentige Ja-Anteil der Linken, der damals entscheidend war für den 51prozentigen Ja-Anteil an der Urne, auf wackligen Füßen. Er war mehr die Folge eines pawlowschen Reflexes gegen Blocher als einer friedenspolitischen Reflexion. Zweitens haben die Katastrophe im Irak, die breite Friedensbewegung, die diese vorausgesagt hatte, die militärische Sackgasse in Afghanistan und die Ernüchterung über die Entwicklungen im Kosovo geholfen, die Köpfe zu befreien von der irrwitzigen Vorstellung, der globale Neointerventionismus diene den Menschenrechten, der Demokratie, dem Frieden und der Bekämpfung des Terrorismus. Die Einsicht, für die es bereits 1999 während des völkerrechtswidrigen NATO-Krieges gegen Serbi-

en genügend Beweise gab, dass es in Wirklichkeit um Rohstoffe und um strategische Macht geht, kann sich seit dem Frühling 2003 leichter Bahn brechen. Drittens hat die laufende deutsche Debatte über die Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes die mit der Militärgesetzrevision von 2001 verbundene Illusion, es gäbe einen Militäreinsatz ohne Kriegsgefahr, Lügen gestraft.

Einsetzen oder abschaffen

Bei Schmid's schnellem Einlenken spielte noch eine weitere Erwägung: Die Rettung der Armee reform 08/11. Der Verzicht auf zusätzliche Auslandseinsätze ist eine Voraussetzung, um die SVP wieder ins militärische Boot zu holen. Allerdings ist der Preis, den das VBS für die Zugeständnisse an die SVP zahlt, ein hoher. All die Offiziere, die in den engen Kontakten mit der NATO ein «modernistisches» Selbstverständnis entwickelten und auf spannende Einsätze im Ausland hofften, werden enttäuscht, was die Armee zusätzlich destabilisieren wird. Auf Distanz gehen werden auch «progressistische» Kreise, die meinten, die Öffnung der Schweiz könne, wenn das politische Hauptportal schon verschlossen bleibt, übers militärische Hinter-

türchen erfolgen. Weiter wird die in den letzten zehn Jahren tief gesplante Linke sich leichter wieder einigen können auf einer armeekritischen Position. Und diese hat, wenn es beispielsweise um die Rüstungsausgaben oder Kriegsmaterialexporte geht, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Schliesslich werden mit einer historisch überholten Grenzverteidigung und mit einer ohnehin umstrittenen Militarisierung der inneren Sicherheit die Legimitätsdefizite der Armee schnell wieder wachsen. Mit dem vorläufigen Verzicht auf eine Ausweitung der Auslandseinsätze gewinnen zwei Engagements an Gewicht: Das für ein Kriegsmaterialexportverbot, weil die Versuchung gross ist, sich gegenüber dem «war on terror» um so mehr mit Waffenlieferungen «solidarisch» zu zeigen. Und das gegen Innere Einsätze, weil diese die fehlenden Ausland-Einsätze kompensieren sollen. Denn etwas wissen Keckeis, Schmid und Co sehr gut: Ein Zurück zu einer reinen Übungs-Armee gibt es nicht. Einsetzen oder abschaffen lautet die Alternative im 21. Jahrhundert.

Sämi Schmid im Traumland...



Glosse

Liebesgrüsse aus Rütli bei Büren

In der letzten GSoA-Zeitung haben wir bei Samuel Schmid medizinische Probleme diagnostiziert. Die Symptome mehren sich und geben Anlass zu neuen Spekulationen. Von Andreas Weibel

Eigentlich würden wir ja gerne harte Debatten über die Zukunft der Schweizer Sicherheitspolitik lostreten. Aber unser Hauptkontrahent – Militärminister Samuel Schmid – entzieht sich aller Kritik. Wie soll man mit jemandem ernsthafte Auseinandersetzungen über die Perspektivenlosigkeit der Schweizer Armee führen, der sich selbst als James Bond sieht? So geschehen Ende des letzten Jahres im Nachrichtenmagazin FACTS. Ebenso wie 007 stehe er im unerbittlichen Kampf gegen die finsternen Mächte des Terrorismus. Bloss, dass Schmid lieber Weisswein statt geschüttelten Wodka-Martini trinke.

Für sich allein betrachtet mag der bundesrätliche Vergleich ja belustigend sein, die Aussage steht jedoch in einer ganzen Reihe von öffentlichen Statements der absonderlichen Art. In der letzten Ausgabe der GSoA-Zeitung haben wir bei unserem

obersten Militär deswegen schon ein akutes Nervenproblem vermutet.

Es gibt jedoch ein zweites Erklärungsmodell. Seit Jahren schon steckt das VBS tief in der Krise. Die traditionelle Verankerung der Armee im Volk ist schon längst Vergangenheit, das Parlament schmettert sämtliche Reformvorschläge ab, die Milizler proben den Aufstand und selbst die Berufsmilitärs mögen nicht mehr. Eigentlich müsste man ob dieser katastrophalen Situation meinen, Bundesrat Schmid stünde unter medialem Dauerfeuer und sein Rücktritt als Departementsvorsteher sei eine blosse Frage der Zeit. Aber nichts dergleichen ist zu beobachten. Weshalb ist das so? Weil alle mit Sämi Mitleid haben. Der gewiefte Kommunikator hat es – wie schon sein Vorgänger Adolf Ogi – verstanden, sich ein Image des behäbig-gemütlichen, sympathischen Berners aufzubauen, der zwar von der Sache wenig Ahnung hat, aber mit markigen Worten für Stimmung sorgt. Wer wollte ihm denn Böses verwerfen, dem Schützenvereins-Präsidenten, den es schon fast gegen seinen Willen ins Bundeshaus verschlagen hat?

Ha! Aber nun sind Schmid's Tricks durchschaut! Helfen Sie uns mit, seine Strategie zu durchbrechen! Lesen Sie ab sofort keine Glossen wie diese mehr, sondern die viel wichtigeren Artikel nebenan!

RÜSTUNGSPROGRAMM 2006

Verpasste Gelegenheit...

Knapp wurde es ums Rüstungsprogramm 06: Mit 90:90 Stimmen und dem Stichtentscheid der Ratspräsidentin segnete der Nationalrat die 1.5 Milliarden Franken für Rüstungskäufe ab. Von Rahel Ruch

Am 13. Dezember 2006 debattierte der Nationalrat über das Rüstungsprogramm 06. Mit 1.5 Milliarden Franken kommt die Aufrüstung den Bund und die SteuerzahlerInnen teuer zu stehen. In Zeiten in denen überall gespart wird und die Staatskassen zumindest für Bildung und Soziales leer scheinen, stimmte der Nationalrat doch tatsächlich dem teuersten Rüstungsprogramm seit dem Ende des Kalten Krieges zu.

Das RP 06 enthielt unter anderem das Führungsinformationssystem Heer (424 Millionen Franken), den Umbau frei werdender Panzerjäger sowie die Werterhaltung der Kampfpanzer Leopard (395 Mio) – alles Beschaffungen, deren Sinn oder Unsinn eng mit dem Armee-Entwicklungsschritt 08/11 zu-

sammenhängt, der kurze Zeit vorher vom Parlament verworfen worden war (siehe Artikel oben).

Um diese planlosen Käufe aufzuschieben, stellte Ulrich Schlüer (SVP) den Antrag, das Rüstungsprogramm um 2/3 zu kürzen. Ein Antrag, welcher eine unheilige Allianz zwischen SVP und Linken hinter sich scharen konnte. Trotzdem scheiterte das Kürzungsanliegen ganz knapp mit 90:90 und Stichtentscheid der Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi (FDP). Schuld daran tragen jedoch nicht nur die SVP-NationalrätInnen, welche Schlüer nicht folgten und ihre bürgerlichen KollegInnen aus FDP und CVP. Bei einem solch knappen Ergebnis muss die Verantwortung auch bei den Linken gesucht werden, welche die Abstimmung verpassten oder aber absichtlich gegen die Kürzung stimmten – aus Prinzip: Mit Rechtsausen stimme man nicht zusammen, erklärte Mario Fehr gegenüber der WoZ. Sogar wenn 1 Milliarde Franken auf Kosten der Aufrüstung gespart werden könnten.

ZIVILDIENTST

Eine erste Hürde ist weg

Wer bis anhin Zivildienst leisten wollte, musste zwei Dinge in Kauf nehmen: Einerseits die unwürdige Gewissensprüfung bei der Zulassung, andererseits eine andert-halbmal längere Dienstzeit. National- und Ständerat wollen nun die Gewissensprüfung abschaffen. Damit bleibt aber die zweite Ungerechtigkeit, die längere Dienstpflicht, weiterhin bestehen.

Von Reto Moosmann

In der Dezember-Session stimmte der Nationalrat einer vom Ständerat leicht modifizierten Motion von Heiner Studer (EVP, AG) zur Abschaffung der Gewissensprüfung für Zivildienst-Willige zu. Der Bundesrat wird damit beauftragt, dem Parlament ein überarbeitetes Zivildienstgesetz vorzulegen, welches «das heute geltende Zulassungsverfahren zum Zivildienst durch eine Regelung ersetzt, die kostengünstiger und für alle Beteiligten deutlich weniger aufwendig als die heute geltende Lösung ist, transparenten Grundsätzen folgt, zu gerechten Ergebnissen führt und auch den Tatbeweis [die Bereitschaft zum

längeren Dienst, Anm. der Red.] berücksichtigt.» Das bedeutet das Aus für die Gewissensprüfung in ihrer heutigen Form; die zweite Hürde zum Zivildienst – die längere Dauer des Zivildienstes – bleibt aber bestehen. Nach wie vor müssen Zivildienstleistende andert-halbmal so viele Dienstage leisten wie SoldatInnen. Und es ist zu befürchten, dass dies noch eine Weile so bleiben wird. Mehr Gerechtigkeit werden der National- und vor allem der militärfreundliche Ständerat – den Zivildienstleistenden so schnell wohl nicht gönnen.

Mehrere Anläufe nötig

Bereits für die Abschaffung der Gewissensprüfung brauchte es mehrere Anläufe. Noch bei der Revision des Zivildienstgesetzes 2003 war die Abschaffung der Gewissensprüfung tabu. Und auch diesmal klappte es nicht auf Anhieb. Mit seiner Motion forderte Heiner Studer die Abschaffung der Gewissensprüfung bei gleichzeitiger Einführung des Tatbeweises. Dem Ständerat war der Motionstext aber zu hart formuliert. Vielleicht brauche es noch eine Art «Gewissensprüfung light», eine

Art schriftliches Verfahren: «Wir haben das ein bisschen offen gelassen», sagte Ständerat Altherr (FDP, AR) in der Debatte vom Juni 2006. Der Grundsatz sei aber klar: Der Ständerat wolle die Gewissensprüfung in ihrer heutigen Form abschaffen. Die Debatte zeigte, wie schwer sich die ParlamentarierInnen selbst mit minimalen Anpassungen tun.

Hohe Untauglichkeitsquote

Wohl bloss die hohen Untauglichkeitsquoten bei der neuen, dreitägigen Rekrutierung haben die bürgerlichen ParlamentarierInnen dazu bewogen, der Abschaffung der Gewissensprüfung zuzustimmen. 2005 wurden an den Rekrutierungstagen volle 39 Prozent der Stellungspflichtigen für untauglich erklärt. Hinzu kamen 4,5 Prozent, welche die Rekrutenschule abgebrochen hatten. 2006 ging zwar die Untauglichkeitsquote an den Rekrutierungstagen auf 34 Prozent zurück, dafür stiegen während der Rekrutenschulen bedeutend mehr aus. Gegen 7 Prozent dürfte die Aussteigerquote aus den Rekrutenschulen letztes Jahr betragen haben. Rechnet man noch diejenigen Personen hinzu, die nach

der Rekrutenschule den Militärdienst vorzeitig beenden, so dürften heute wohl weniger als 50 Prozent der Stellungspflichtigen ihren Militärdienst zu Ende machen. Wieso für die hohen Untauglichkeitsquoten die Zivildienstleistenden die Zeche in Form des längeren Dienstes zu zahlen haben, ist alles andere als verständlich. So bleibt denn auch die Quote der Zivildienstleistenden im einstelligen Prozentbereich – der «blaue Weg» ist der einfachste Weg sich der Wehrpflicht zu entziehen.

Ziel der GSoA ist und bleibt die Abschaffung der Militärdienstpflicht und die Einführung eines freiwilligen zivilen Friedens- und Sozialdienstes für Frauen und Männer. Eines wäre dabei gewiss: Der neue Friedens- und Sozialdienst würde auch in der Freiwilligkeit gut funktionieren. Viele derjenigen, welche unter den heutigen widrigen Umständen Zivildienst leisten, würden auch dann noch einen Dienst leisten, wenn dieser freiwillig wäre. Das zeigen sie mit dem hohen Preis, den sie heute – freiwillig – bezahlen.

INTERNATIONALES MILITÄRFILMFESTIVAL

Geschmacklose VBS-Actionfilme

Jedes Jahr produziert die Armee Werbefilme für mehrere Millionen (Steuer-) Franken. Wir sahen uns mal so einen Streifen an.

Von Beat Hatz

Die Werbefilme sollen die Jugend fürs Militär begeistern, um die Zahl der Rekruten zu vergrössern. Die Wehrpflicht scheint nicht mehr zu genügen. Natürlich zelebriert unsere Armee auch in der Filmproduktion ihren verschwenderischen Stil und so hat bald jede Truppengattung einen eigenen Film. Es führt sogar soweit, dass die militärischen Filmproduktionen an einem Festival der anderen Art, dem «internationalen Militärfilmfestival», prämiert werden. Stolz präsentierte die Luftwaffe dort ihre 120'000 Franken teure Produktion «Beyond enemy lines, der Fallschirmaufklärer».

Von der Bewerbung...

Im informativen Teil der DVD wird gezeigt, wie man sich bewerben «darf». Die Ausbildung, inklusive Gleitschirmdiplom, militärischen Schulungen und anderen Verblöndungsaktionen, kostet die Teilnehmer nur 500 Franken, den nicht näher bezifferten Rest übernimmt der Staat. In der weiteren Auf-

zeichnung fallen romantische Begriffe wie Kameradschaft oder «Mutter Erde», welche unter den militärischen Aktionen je länger je stärker zu leiden haben wird. Zum Schluss werden dem geneigten Zuschauer dann zwölf der anfänglich 200 Anwärter als Retter der Schweiz präsentiert.

... zum Kampfeinsatz

Die tollkühnen Fallschirmaufklärer dürfen im zweiten Teil ein verdächtiges Objekt ausspionieren. Die militärischen Manöver der Truppe werden durch spektakuläre Kameraführung und Akustik in ähnlich abstossendem Masse zelebriert wie man es aus Filmaufnahmen von Militärparaden diktatorischer Länder kennt. Damit es nicht bei der faden Militärgeschichte bleiben muss, wird die Truppe entdeckt und es kommt zu Schiessereien und Gewaltzenen. Per Superpuma fliehen unsere Helden. Lässig gratuliert man sich im Helikopter, der Verwundete wird dabei beiseite gelassen. Von wegen Kameradschaft! Die Frage, ob das Misslingen der Mission symptomatisch oder selbstironisch zu verstehen ist, verkneifen wir uns an dieser Stelle. Die GSoA ist aber der Auffassung, dass diese Art der Kulturförderung schnellst möglich gestoppt werden sollte.

WEF 2007

Schiefgestanden!

- Zürich-Landquart - Hier die ID, danke, danke, hier der Rucksack, nein keine Waffe nur ein Staubwedel - Fideris vorbei (juhu)-Davos-nein, nur eine Käpslipistole, ja in dieser Tasche sind Zigis drin - Frontbericht eines Clowns

Die Clown Army trat ihren Dienst in Davos am 27. Januar mittags an. Das Einrücken verlief im Allgemeinen problemlos, obwohl es in Landquart ein kurzes Intermezzo mit feindlichen Truppen gab. Diese bestanden nicht aus SoldatInnen, sondern aus PolizistInnen und die sind ja dafür bekannt, dass sie der Armee ihr Betätigungsfeld wegzunehmen pflegen. Nun, die Clown Army reiste unbeirrt weiter und landete in den Bergen – zwischen Schnee und Polizei. Wie es sich für wahre Dienstpflichtige gehört, liessen sich die Clowns von Kälte und unwegsamem Gelände nicht abhalten. Im Gegenteil, sie bliesen zum Angriff gegen die blauen Feinde. Kommandant Keck on Ice hatte die Truppe gewarnt, es würde ein harter Kampf werden, gegen die «Steuerverschleuderer» und «Armeever-

hinderer». So rückte die Army diszipliniert vor, versuchte mit einem geschickten Schildkröten-Manöver durchzubringen – aber sie scheiterte. Einige Tote und Verletzte waren zu beklagen, welche zwischen den Plastik-Schildern der blaugekleideten BernerInnen, AargauerInnen, SolothurnerInnen und vereinzelt BänderInnen zerrieben wurden.

Nach einem kurzen Mittagsbriefing durch den Kommandanten änderte die Clown Army ihr Betätigungsfeld. Sie spezialisierte sich auf Personenschutz und begleitete fortan die «World Economic Youth» durch die leeren Strassen und schützte sie vor TerroristInnen und ChaotInnen, die in einer unverhohlenen Arroganz demonstrierten und randalierten. Zwischenzeitlich konnte die Clown Army mit 20 Mann einen Durchbruch von drei feindlichen Objekten verhindern, indem sie Menschenketten bildete, sich mit dem Kommandanten der Gegner verbündete oder aber in gewohnter Manier zu den Waffen griff. Mehrere Male durften die strammen Mannen und Frauen der Clown Army Auge in Auge vor dem demonstrierenden Pöbel stehen – das Gewehr angelegt.

Die Clown-Army auf dem Vormarsch – nur nicht die Hose verlieren



NEUE KAMPFFLUGZEUGE

GSoA wird Volksinitiative prüfen

2010 will die Armee die letzten 54 Kampfflugzeuge des Typs Tiger ausser Betrieb setzen. Droht jetzt wieder ein milliarden-schweres Rüstungsprogramm für neue Flieger? Von Tom Cassee

Die Armeespitze will sie unbedingt, die neuen Kampfflugzeuge. Dies wird auch in einem Artikel der VBS-Mitarbeiter-Zeitschrift «Intra» deutlich: 2010 seien die restlichen 54 Tiger-Kampfflugzeuge hoffnungslos veraltet und die Schweiz brauche eine Mindestzahl an Kampfflugzeugen der neuen Generation, sagte der Chefplaner der Armee Jakob Baumann im letzten Herbst. Über 3 Milliarden Franken würden diese neuen Flieger kosten.

Zeitplan der geplanten Kampffjet-Käufe
Bis im eidgenössischen Parlament über den definitiven Kredit abgestimmt wird, ist es aber noch ein weiter Weg. Die erste Hürde,

welche die Flugzeuge zu meistern haben, ist ein so genannter Kredit für Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB), welcher im Rahmen des Bundes-Budgets durch das Parlament genehmigt werden müsste. Wann über diesen Kredit genau befunden wird, ist aber unklar. In einem Interview in der NZZ im April 2006 meinte Walter Knutti, Kommandant der Schweizer Luftwaffe: «Der Bundesrat hat entschieden, dass in dieser Legislaturperiode das neue Kampfflugzeug nicht thematisiert wird.» Das würde bedeuten, dass erst nach den National- und Ständeratswahlen 2007 ein Vorentscheid fallen würde. Doch im September letzten Jahres tönte es dann wieder anders. Der Chef der Armee, Christophe Keckeis sagte in einem Interview in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift: «Das neue Kampfflugzeug erfordert noch in dieser Legislatur einen strategischen Grundsatzentscheid bezüglich der dazu notwendigen luftgestützten

Mittel.» Dies deutet darauf hin, dass bereits im Budget 2008, welches Ende 2007 in die Räte kommt, ein PEB-Kredit für neue Kampfflugzeuge beantragt werden könnte. Dem Projektierungskredit kommt eine grosse Bedeutung zu. Denn falls die Mehrheit der ParlamentarierInnen einem Projektierungskredit zustimmt, wird diese gleiche Mehrheit wohl auch die eigentlichen Kampfflugzeuge bewilligen.

Neue Volksinitiative?

Für die GSoA ist klar, dass die geplante Beschaffung bekämpft werden muss. Falls der PEB-Kredit im Parlament bewilligt werden sollte, fasst die GSoA eine Volksinitiative gegen neue Kampfflugzeuge ins Auge. Bereits im

Jahr 2004 entstand auf Anregung der GSoA das Bündnis gegen Kampfflugzeuge (www.keine-kampfflugzeuge.ch), in welchem neben der GSoA auch die SP Schweiz, die Grünen Schweiz sowie weitere Organisationen vertreten sind. Dieses Bündnis wird sich, sobald ein definitiver Zeitplan der Beschaffung bekannt ist, wieder treffen und konkret über eine Volksinitiative diskutieren. Klar ist, dass in Zeiten des Sparsens bei der Bildung, der Altersvorsorge, der Entwicklungszusammenarbeit und in vielen anderen Bereichen, die Wünsche der Armeeführung geradezu anmassend sind.

Die GSoA verspricht, dass der geplante Kauf neuer Kampfflugzeuge auf viel Widerstand stossen wird. Die ersten Diskussionen über eine Volksinitiative werden wir an unserer Vollversammlung von Ende März führen (siehe Seite 2).

VOLKSINITIATIVE ZUM SCHUTZ VOR WAFFENGEWALT

Initiative wird immer wahrscheinlicher

(rm) Eine breite Koalition ist sich einig: Das Parlament politisiert in Sachen Waffengesetz konsequent am Volk vorbei. Die kleine Waffengesetzrevision, welche in der kommenden Frühjahrsession durch die Räte geht, wird voraussichtlich sehr waffenfreundlich ausfallen. Die Lancierung einer Initiative (vgl. GSoA-Zitig 128) wird deshalb immer wahrscheinlicher. An einer Sitzung Ende Januar haben VertreterInnen verschiedener Organisationen – darunter auch der GSoA – ihre Bereitschaft erklärt, Unterschriften für die Initiative zum Schutz vor Waffengewalt zu sammeln. Der Entwurf des Initiativtextes, der an der Sitzung in den Grundzügen gutgeheissen wurde, sieht folgende Kernpunkte vor:

1. Das Recht auf Waffenerwerb, -besitz und -tragen soll auf Personen beschränkt werden, welche den Nachweis der Notwendigkeit erbringen können und über eine entspre-

chende Ausbildung verfügen (Polizei, Jäger, Sportschützen).

2. Ausserhalb des Militärdienstes werden die persönlichen Waffen der SoldatInnen in Zeughäusern aufbewahrt.

3. Die Überlassung von Waffen an Angehörige der Armee nach Beendigung ihrer Dienstpflicht soll ausgeschlossen werden.

Die Koalition besteht bis heute aus der GSoA, der Sozialdemokratischen Partei, den Grünen, dem Schweizerischen Friedensrat und weiteren Verbänden und Organisationen. Noch werden aber weitere KoalitionspartnerInnen gesucht, damit sichergestellt werden kann, dass die nötigen Unterschriften auch zusammenkommen. Die GSoA wird ihren Mitgliedern an der Vollversammlung vom 31. März beantragen, die Initiative mitzulancieren, sollte die Koalition bis dahin eine ausreichende Breite angenommen haben.

Kampffjets für Kunstflüge, Lärm und Umweltverschmutzung



TERRORANGST

Abschuss von Passagierflugzeugen erlaubt

Im Gegensatz zu Deutschland ist es der Schweizer Luftwaffe erlaubt Passagierflugzeuge abzuschiessen, wenn vermutet wird, dass damit ein Terroranschlag verübt werden soll. Ein konsequenter Auswuchs der VBS-Politik. Von Felix Birchler

In Artikel 9 der «Verordnung über die Wahrung der Lufthoheit» ist festgehalten, dass gegen zivile Luftfahrzeuge bei «Notstand und Notwehr» Waffen eingesetzt werden dürfen, sprich dass sie abgeschossen werden dürfen. «Notstand und Notwehr» kann in der heutigen Zeit nur etwas bedeuten: Terroristen haben ein Passagierflugzeug entführt und steuern damit auf ein sensibles Ziel zu, etwa auf ein Atomkraftwerk oder auf den UNO-Sitz in Genf. In diesen Fällen soll es der Schweizer Luftwaffe erlaubt sein, das Flugzeug abzuschiessen, auch wenn dabei Dutzende von Passagieren getötet werden.

In Deutschland verboten

Derselbe Sachverhalt wurde in Deutschland bereits unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensiv diskutiert. Die rot-grüne Regierung verabschiedete ein Luftsicherheitsgesetz, das analog zur Schweizer Regelung, den Abschuss von Passagierflugzeugen erlauben würde. Im Februar 2006 wurde die Gesetzesänderung jedoch vom Bundesverfassungsgericht gestoppt. Der Schutz der Menschenwürde sei «strikt und einer Einschränkung nicht zugänglich». Ein Staat hat nicht das Recht Zivilisten zu töten, auch wenn damit ein grösseres Unglück verhindert werden könnte. Das Recht auf Leben jedes Menschen ist unantastbar, das heisst, es gibt keine Situationen, in denen sich ein Staat über dieses Menschenrecht hinwegsetzen kann. Dieser universell gültige Grundsatz wird mit der Schweizer «Verordnung über die Wahrung der Lufthoheit» offensichtlich verletzt.

Ein Abschuss ist praktisch ausgeschlossen
Wie der «Tages-Anzeiger» in seiner Ausgabe vom 10. Januar berichtete, ist ein Abschuss eines Passagierflugzeuges durch die Schweizer Luftwaffe dennoch sehr unwahrscheinlich. Normalerweise sind die Schweizer Kampfflugzeuge nämlich nur zu Bürozeiten in der Luft. Ausserdem finden die Trainingsflüge natürlich ohne Waffen an Bord statt. Die Schweiz wäre also auf rein praktischer Ebene nicht in der Lage ein entführtes Flugzeug abzuschiessen.

Etwas anders ist die Lage in sogenannten «Ausnahmesituationen», etwa während des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos oder der Euro 08. Dann sind Kampfflugzeuge ständig in der Luft und bewaffnet. Der Entschluss ein Flugzeug abzuschiessen läge bei Bundesrat Samuel Schmid. In den letzten Jahren wurde der gesperrte Luftraum über Davos verschiedene Male unbeabsichtigt von Flugzeugen durchquert. Die Gefahr, dass aus

einer unglücklichen Verkettung von Missverständnissen ein Passagierflugzeug abgeschossen wird, ist wohl höher einzuschätzen als die Gefahr, dass damit ein Terroranschlag in der Schweiz verübt werden soll.

Einreihen im «Krieg gegen den Terror»

Dennoch: Dass Samuel Schmid effektiv in eine Situation versetzt wird, in der er abwägen müsste, ob ein Flugzeug nun effektiv eine Notstandssituation auslöst oder nicht, ist glücklicherweise sehr unwahrscheinlich. Dennoch ist die Schweizer Erlaubnis zum Abschuss von Passagierflugzeugen bedenklich. Neben der oben beschriebenen Aufweichung des unantastbaren Rechts auf Leben ist auch der politische Unterton dieser Verordnung besorgniserregend. Das VBS signalisiert damit einmal mehr, dass es sich im Kampf gegen den Terrorismus sieht. Die Angst vor Terroranschlägen wird damit weiter hochgeschaukelt.

IRAK

Über Leichen gehen

Mord und Gewalt sind im US-«befriedeten» Zweistromland an der Tagesordnung. Flucht oft der einzige Ausweg. Von Karin Leukefeld*

«Ich habe es mit eigenen Augen gesehen, Männer in Uniformen hatten auf der Strasse einen Checkpoint aufgebaut, sie hielten ein Auto an, die Insassen, eine Mutter mit ihren Kindern, mussten aussteigen, und sie wurden alle erschossen, sogar das Baby!» Abu Maan reibt sich die Tränen aus den Augen, während er erzählt: «Ist das Demokratie?» Abu Maan ist ein kräftiger Mann von 68 Jahren, seit frühester Jugend hat er in Adhamiya (Bagdad) gelebt. Viele Regierungen hat Abu Maan

kommen und gehen sehen, König Feisal in den 1950er Jahren, Abdulkarim Qasim in den 1960er Jahren und schliesslich auch Saddam Hussein. Doch was seit der US-Invasion 2003 in seinem Land geschieht, das gab es noch nie, sagt Abu Maan. Dreimal hat man ihn entführt, er wurde geschlagen und beleidigt. Um einer vierten Entführung zu entgehen, packte er seine Sachen, nahm seine Familie, verliess Geschäft und Haus und floh nach Damaskus. Acht Monate ist das jetzt her, wann er zurückkehren kann, weiss er nicht. Kriminelle seien das, sagt Abu Maan. Nie zuvor hätten sie im Irak unterschieden, ob jemand Sunnit oder Schiit gewesen sei, «wir alle folgen dem Propheten, und unser Buch ist der Koran.»

Entführungen an der Tagesordnung Ein unbekannter Iraker, der sich «Abu Mhmd» nennt, verschickt seine Beobachtungen per E-Mail in alle Welt. Es seien schiitische Milizen, die «Verbrechen an Sunniten» begehen, schreibt er. Verkleidet als Soldaten des Innenministeriums hätten sie kürzlich einen Konvoi von irakischen Pilgern angegriffen, die von der Hadsch, der Pilgerfahrt nach Mekka, zurückkehrten. Fünf Personen hätten sie mitgenommen, die anderen ihrem Schicksal in der Wildnis überlassen, nicht ohne sie vorher auszurauben. Einige der Pilger hätten sich bis Bagdad durchgeschlagen, der Rest sei verschollen. Ungestraft könnten diese Banden agieren, schreibt Abu Mhmd, «sie kommen, sperren die Strassen, betreten das Gebäude, das sie sich ausgesucht haben, und nehmen alle Männer mit.» Wer nachweislich Schiit sei, werde freigelassen, während die Sunniten zu Tode gefoltert würden. Wer immer für das Grauen verantwortlich ist, für Iraker ist Flucht oft der einzige Ausweg. Nach UN-Angaben leben inzwischen 40.000 Iraker im Libanon, 80.000 in Ägypten, eine unbekannte Zahl in der Türkei, 700.000 in Jordanien und mehr als eine Million in Syrien. Keine Erwähnung finden die Iraker in den Arabischen Emiraten, Jemen und Katar. Nichtregierungsorganisationen gehen davon aus, dass in Jordanien und Syrien jeweils die doppelte Zahl von Flüchtlingen lebt.

schen Gesundheitsministerium, zahlte für sich und seine Frau 25.000 US-Dollar an einen «Auswanderungsmakler», um sich Asyl in Schweden zu kaufen. Um das Geld bezahlen zu können, verkaufte er sein Haus. Vor einem Jahr lag der Preis pro Person noch bei 5.000 Dollar. Nun soll er weitere 10.000 US-Dollar zahlen. «Ich weiss nicht, ob der Mann wirklich integer ist», meinte Ra'ad gegenüber Mitarbeitern des UN-Informationendienstes IRIN. Seine Freunde hätten ihm gesagt, der Makler habe gute Kontakte zu den skandinavischen Botschaften in Amman. Die «Auswanderungsmakler» in Bagdad bieten Asylpapiere für Dänemark, Schweden und Finnland, Deutschland, Grossbritannien und Kanada an. Ein gewisser Abu Khudaifa, der sein Maklergeschäft mit einem Lebensmittelladen getarnt hat, erklärte, die Leute wüssten, dass sie ihr Geld nicht zurückerhielten, falls die Papiere nicht beschafft werden könnten. «Wir müssen hohe Bestechungssummen zahlen, die wir natürlich auch nicht zurückbekommen.» Bisher seien täglich rund zehn Iraker zu ihm gekommen, doch inzwischen seien es an manchen Tagen dreimal so viele. Nach Angaben der schwedischen Einwanderungsbehörde wurden im vergangenen Jahr 9.000 Visumsanträge von Irakern gestellt, Dänemark meldete 5.000 Anträge. Nach UNHCR-Angaben ist das ein Anstieg um 50 Prozent gegenüber 2005.



Die Gewalt im Irak nimmt weiter zu

Flucht als einziger Ausweg Im Irak boomt das Geschäft mit der Flucht. Ra'ad Farouk (34), ein Mitarbeiter im iraki-

*Freie Journalistin, Damaskus. Erstveröffentlichung in: junge Welt, 18. Januar 2007

VÖLKERRECHT

Wegschauen und Waffen liefern?

Ersatz für das delegitimierte Konzept der «humanitären Intervention»: Im Sudan könnte erstmals nach dem Prinzip der «Responsibility to Protect» interveniert werden. Von Norman Paech*

Die letzten großen Kriege haben nicht nur viele Menschenleben gekostet, sondern auch das vorhandene Arsenal an Rechtfertigungen weitgehend erschöpft. Wenn die UN-Charta nichts hergab, wurde auf die vermeintliche Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und den Terrorismus zurückgegriffen. Die so genannte «humanitäre Intervention», um Menschenrechte zu retten, erschien schon 1999 als höchst fragwürdige Begründung für die Bombardierung Jugoslawiens und galt fortan als verschlissen. Nun gewinnt ein neues Konzept die Gunst der Interventionspolitiker: die «Responsibility to Protect» - die «Verantwortung zu beschützen». Jüngst tauchte es bei George W. Bush und Tony Blair auf, als es darum ging, die Regierung in Khartum mit militärischen Mitteln davon zu überzeugen, ihren Widerstand gegen einen umfassenden

Einsatz von UN-Truppen in ihrer Westprovinz Darfur aufzugeben. Da Amerikaner und Briten sicher sein können, für Luftangriffe auf Flughäfen im Sudan, für ein militärisch durchgesetztes Flugverbot über Darfur oder die Blockade des Hafens Port Sudan, über den Öl nach China verschifft wird, kein chinesisches Placet im Sicherheitsrat zu erhalten, wird nach einer neuen Variante der humanitär gefärbten Rechtfertigung gesucht - Resultat ist die in Umlauf gesetzte Idee von einer «Responsibility to Protect».

Kein Recht zu Interventionen

Das Konzept wurde in den Jahren 2000/2001 von der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) kreiert. Das Gremium war seinerzeit von der kanadischen Regierung eingerichtet worden, um einen Ersatz für die auch von UN-Generalsekretär Kofi Annan verworfene «humanitäre Intervention» zu finden. Das Versagen der Vereinten Nationen während des Genozids in Ruanda (1994) und der Massenerschießungen von Srebrenica (1995) haftete der Weltorganisation nach wie vor als Makel an.

Die Kommission sprach sich daher für «eine Intervention in extremen und außergewöhnlichen Fällen» aus. Wenn etwa ein Staat infolge eines Bürgerkrieges, eines Aufstandes, interner Unterdrückung oder schwerer Verletzung der Menschenrechte seine Bevölkerung nicht mehr vor großem Leid bewahren könne - oder dies auch nicht wolle -, greife die Verantwortung der Staatengemeinschaft. Das Prinzip der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität müsste in diesem Fall dem der «Verantwortung» weichen. Damit freilich wird aus der Responsibility noch kein Recht oder schon gar eine Pflicht zur Intervention für einzelne Staaten, wie es vereinzelt bereits gefolgt wird. Denn der Bruch mit dem absoluten Gewalt- und Interventionsverbot der UN-Charta ist weder durch einen Kommissionsbericht noch durch eine Resolution der Generalversammlung möglich. Dazu bedarf es entweder der Änderung der Charta mit einer Zweidrittel-Mehrheit der Mitgliedsstaaten oder einer gewohnheitsrechtlichen Änderung, die allerdings nur durch eine dauerhafte Praxis der Staaten eintreten kann.

Weitere «Friedensmissionen»

Trotz des Desasters im Irak und der Ausichtslosigkeit des Kampfes in Afghanistan stehen derzeit zwei weitere «Friedensmissionen» auf der Agenda der US-Administration: Iran und Sudan. Die öffentliche Meinung ist angesichts der unübersehbaren Komplikationen für die US-Streitkräfte besonders im Irak geneigt, die Gefahr solcher Abenteuer gering zu schätzen. Daniel Ellsberg jedoch hat jüngst eindringlich vor der Gefahr selbst eines Angriffs mit Atomwaffen durch die USA auf ausgewählte Ziele in Iran gewarnt. Die Schwachstelle in den Planungen der USA und Großbritanniens ist nicht die militärische Kapazität, die zügig nachgerüstet wird, sondern der wachsende öffentliche Widerstand gegen den militärischen Zuschnitt der neuen Weltordnung. Die «Verantwortung zu beschützen», ist offenkundig dazu gedacht, diesen Widerstand zu unterlaufen.

* Der Völkerrechtler Norman Paech ist Abgeordneter des deutschen Bundestags und aussenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Der vorliegende Beitrag erschien im Magazin Freitag, 22. Dezember 2006

PALÄSTINA - ISRAEL

Solidarisch zum gemeinsamen Widerstand

db) Das Israeli Committee Against House Demolition (ICAHD) wehrt sich gegen die völkerrechtswidrige Praxis der israelischen Armee Wohnhäuser zu zerstören. ICAHD hat sich zum Ziel gesetzt mit gewaltfreier direkter Aktion die Zerstörung von Häusern in den besetzten Palästinenser-Gebieten zu verhindern. Gegründet wurde das Komitee 1997, aus Enttäuschung über den Zusammenbruch des Osloer Friedensprozesses und die Wahl Netanyahus. Die GSoA-Zeitung befragte die internationale Koordinatorin von ICAHD, Lucia Pizarro.

Der Konflikt in Oaxaca, einer der ärmsten Regionen Mexikos, begann Ende Mai mit einem Streik der LehrerInnengewerkschaft. Rund 70'000 LehrerInnen forderten neben besseren Arbeitsbedingungen und einem verbesserten Erziehungssystem auch den sofortigen Rücktritt des im Jahre 2004 gewählten GSoA: Wie reagieren die Menschen, wenn Sie ihnen von ICAHD erzählen?

Lucia Pizarro: Viele Israeli verstehen erst gar nicht, worum es geht. Manche meinen wir würden uns um historische Gebäude küm-

mern. Wenn ich mich erklärt habe, befürworten leider viele die Zerstörungen.

Die Reaktionen der PalästinenserInnen sind sehr positiv. Ich habe aber vor allem mit solchen zu tun, die Kontakt mit Israelis gewohnt sind. Sie sagen mir auch immer wieder, dass ich sehr anders bin als andere jüdische Israelis.

GSoA: Woher nehmen sie die Kraft für Ihre Arbeit?

L.P.: Als Israelin riskiere ich wenig. Mein Haus wird nie zerstört werden, und sogar falls ich anklagt werde, komme ich höchstens für kurze Zeit ins Gefängnis. Es sind die Leben von PalästinenserInnen, die immer wieder in Gefahr sind.

Es gibt Momente die mir klar machen, dass meine Arbeit alles andere als hoffnungslos ist. Arafat Hamden sagte mir bei einem Tee in seinem Haus, welches wir im Sommer 2005 aufgebaut haben: «Jedes Mal, wenn ich die Mauern dieses Hauses sehe, erinnere ich mich, dass du es gebaut hast. Auch meine Kinder werden ein Leben lang daran denken.» Es geht mir nicht um mein Ego, doch für Arafat bin ich eine israelische Jüdin. Es ist sehr wich-

tig, dass die Welt erfährt, dass PalästinenserInnen so über jüdische Israelis denken können!

GSoA: ICAHD baut auch Häuser selber wieder auf. Was ist das Ziel dieser Arbeit?

L.P.: Seit 1967 hat die israelische Armee ungefähr 18'000 palästinensische Häuser zerstört. ICAHD hat nur etwa 30 aufgebaut. Unsere Arbeit ist also keine humanitäre Hilfe, obwohl natürlich die direkt betroffenen Familien sehr froh sind.

Ich habe nicht den Eindruck, dass der Wiederaufbau die israelische Armee beeinflusst. Aber es ist eine Möglichkeit, dass sich Israelis und PalästinenserInnen solidarisch zum gemeinsamen Widerstand und zivilen Ungehorsam zusammenfinden.

GSoA: Was ist Ihre Vision für den Nahen Osten in 10 Jahren?

L.P.: Dieser Konflikt ist kein regionales Problem. Ich hoffe, dass die ganze Welt ein System einrichtet, das die Rechte aller Menschen in jedem Land schützt.

Verlangen Sie von ihrer Regierung, Druck auf Israel auszuüben, damit die Besetzung Palästinas beendet wird. Für ein Land wie die Schweiz, das enge militärische Beziehungen zu Israel unterhält, wäre das ein grosser, aber wichtiger Schritt.

Weitere Informationen zur Organisation und zu Freiwilligeneinsätzen für ICAHD sind auf der Webseite <http://www.icahd.org> erhältlich. Die Koordinatorin ist per Email an lucia@icahd.org erreichbar.

OAXACA

Ein neues Chiapas?

Die Aufständischen im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca wollen trotz starker staatlicher Repression nicht aufgeben. Dieselbe Kraft wie zu Beginn des Aufstandes ist jedoch nicht mehr zu erwarten. Dafür sorgt auch der neu gewählte mexikanische Präsident Calderon.

Von Karin Jenni

Der Konflikt in Oaxaca, einer der ärmsten Regionen Mexikos, begann Ende Mai mit einem Streik der LehrerInnengewerkschaft. Rund 70'000 LehrerInnen forderten neben besseren Arbeitsbedingungen und einem verbesserten Erziehungssystem auch den sofortigen Rücktritt des im Jahre 2004 gewählten Gouverneurs von Oaxaca, Ulises Ruiz Ortiz. Dem unbeliebten Gouverneur vom Partido Revolucionario Institucional (PRI) werden Wahlbetrug, Korruption, politische Morde und Misswirtschaft vorgeworfen. Mitte Juni 2006 liess der Gouverneur den Streik mit einem Grossaufgebot von PolizistInnen gewaltsam auflösen, womit die Entwicklung von der Streikbewegung hin zu einer Volksbewegung ausgelöst wurde. Innerhalb weniger Tage solidarisierten sich verschiedenste Organisationen und Gruppen mit den Streikenden. Als Sprachrohr der Bewegung fungiert bis heute die ad hoc gegründete Asamblea Popular del Pueblo de Oaxaca (APPO), in welcher sich mehr als 300 Basisorganisationen zusammengeschlossen haben.

Politstrategische Repressionen

Parallel zu den Unruhen liefen ergebnislose Verhandlungen: zuerst mit der Regierung von Ruiz selbst, anschliessend mit dem Bundesinnenminister Carlos Maria Abascal Carranza. Nach geltendem mexikanischem Recht könnte die Zentralregierung Gouverneure absetzen, sofern die öffentliche Ordnung

nicht mehr gewährleistet ist. Obwohl dieser Zustand in Oaxaca eingetroffen war, wollte der von rechten Parteien dominierte Senat Gouverneur Ruiz keinesfalls absetzen. Vielen Beobachtern zufolge entstand diese Entscheidung aus parteipolitischen Kalkül. Wäre der PRI-Gouverneur abgesetzt worden, hätte der knapp gewählte Präsident Felipe Calderon von der PAN die Unterstützung des PRI verloren, auf welche er dringend angewiesen sein wird. Um den umstrittenen Calderon vor kritischen Militäreinsätzen zu bewahren, entschieden PAN und PRI, dass der scheidende mexikanische Präsident Vincente Fox den Konflikt in Oaxaca noch lösen sollte. Fox ordnete in der Folge eine gewaltsame Intervention von Bundespolizei und Militär in Oaxaca-Stadt an, was zu Töten und Verletzten unter der Bevölkerung führte. Der Konflikt eskalierte dadurch nur noch weiter. Die staatliche Repression bleibt auch unter dem neuen Präsidenten Calderon Realität. So wurde beispielsweise eine friedliche Mahnwache vor dem Gefängnis in Miahuatlan Mitte Januar 2007 von einem grossen Polizeiaufgebot gewaltsam aufgelöst.

Analogie zu Chiapas

Die ursprünglichen Ursachen dieses Konfliktes wurzeln laut der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) in strukturellen Problemen. Armut, ungleicher Zugang zu Ressourcen, Verletzung der demokratischen Verfahren, Missachtung der indigenen Geschichte und Identität sind nur einige wenige Stichworte. Die Ähnlichkeit zur Situation in Chiapas ist offensichtlich. Gleich wie in Chiapas antwortete die Regierung mit Gewalt auf Aufstände und Verhandlungsangebote und weigerte sich, legitime demokratische Forderungen anzuerkennen.

FRIEDENSFORSCHUNG

Demokratie allein reicht nicht

Die These des demokratischen Friedens ist umstritten, empirisch wie theoretisch. Ihre differenzierte Version kann der internationalen Politik jedoch durchaus als Leitfaden dienen. Von Felix Birchler

Die einfachste Version der These besagt, dass Demokratien grundsätzlich weniger Krieg führen als andere Staats- und Regierungsformen. Demokratien haften gewissermassen eine Art Friedfertigkeit an. Diese Behauptung wird unterfüttert mit dem Argument, die Menschen in Demokratien hätten mit der Zeit gelernt ihre Konflikte gewaltfrei auszutragen. Da sie auch die Möglichkeit haben, die Aussenpolitik ihres Landes mitzubestimmen, sei es nichts als konsequent, wenn auch die staatlichen Aussenbeziehungen auf dem Grundsatz der Gewaltfreiheit beruhen. Zudem hindern weitere institutionelle Barrieren die demokratischen Machthaber an einem allzu leichtsinnigen Kriegseintritt: etwa die Gewaltenteilung, die öffentliche Kontrolle oder auch die mediale Aufdeckung des Schreckens des Krieges. Eine demokratische Regierung kann es sich schlicht und einfach nicht lei-

sten, vorschnell in den Krieg zu ziehen, da die BürgerInnen kaum dazu bereit sind, dessen menschliche und finanzielle Kosten zu tragen.

Demokratien führen Krieg

Diese einfache Form der These des demokratischen Friedens lässt sich jedoch nicht aufrechterhalten. Die Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren geprägt von blutigen Kolonialkriegen. Beispielsweise kamen 20% der algerischen Bevölkerung im Unabhängigkeitskrieg mit dem demokratischen Frankreich ums Leben. Immer wieder intervenierten die demokratischen Grossmächte mit militärischen Mitteln, wenn sie ihre strategischen Interessen bedroht sahen. In den 1990er Jahren verliehen sie ihrer Interventionspolitik zusätzlich das Prädikat «humanitär». Erstellt man eine Liste der Staaten, die nach 1945 an den meisten Kriegen beteiligt waren, so gehen die ersten drei Plätze alle an westliche Demokratien: die USA, Grossbritannien und Frankreich.

Auch auf der theoretischen Ebene besteht ein Irrtum: es wird so getan, als hätte in Demokratien die Bevölkerung ein aktives Mit-

bestimmungsrecht über den Kriegseintritt ihres Staates. Gerade in den letzten Jahren aber zogen immer wieder westliche Demokratien in den Krieg, obschon ihre Bevölkerung grossmehrheitlich dagegen war, beispielsweise Grossbritannien im Irakkrieg oder Deutschland im Kosovokrieg.

Kein Krieg zwischen Demokratien

Eine wesentlich plausible Version der These des demokratischen Friedens besagt, dass keine Demokratie Krieg gegen eine andere Demokratie führe. In der Tat ist es hier schwierig den empirischen Gegenbeweis anzutreten. Die europäischen Demokratien haben seit 1945 nicht nur keinen Krieg gegeneinander geführt, dies ist geradezu undenkbar geworden. Die dauerhafte Befriedung Europas scheint mit dem Durchbruch der liberalen Demokratien im 20. Jahrhundert Tatsache geworden zu sein. Auf dieser Grundlage liegt der Schluss nahe, dass Demokratien weltweit gefördert oder geschaffen werden müssen, um einen stabilen internationalen Frieden zu sichern.

Die richtigen Schlüsse ziehen

Diese Sicht ist jedoch noch zu einfach, denn es reicht nicht, allen Staaten eine demokratische Hülle überzustülpen, um den Weltfrieden zu sichern. Mindestens so wichtig ist der Aufbau friedensfähiger Strukturen auf internationaler Ebene. Die Koexistenz verschiedener Staaten (ob demokratisch oder nicht) bedingt geeignete Mechanismen, die dann greifen, wenn es zu handfesten Interessenkonflikten zwischen oder innerhalb von Staaten kommt. Internationale Organisationen zur Regelung von Meinungsverschiedenheiten müssen in ihren Kompetenzen gestärkt werden und Räume bieten, in denen sich die einzelnen Staaten und Parteien treffen, beraten, verhandeln, entscheiden und Konflikte konstruktiv bearbeiten können. Retortendemokratien sind keine verlässliche Grundlage für den demokratischen Frieden. Dieser beruht auf gewachsenem Vertrauen in die gewaltlosen Formen des Interessenausgleiches. Das Beispiel Irak zeigt uns deutlich, dass ein solches Vertrauen in die Vorzüge der Demokratie nicht erzwungen werden kann.

GLOBALE ORDNUNG

Vermeidbarer «Fluch der Ressourcen»

Mit Rohstoffen reich gesegnete Länder versinken besonders häufig in Armut und Bürgerkrieg. Das liegt an den ungerechten Regeln der Weltwirtschaft, meint der deutsche Philosoph Thomas Pogge – und sorgt damit für Wirbel in der ethischen Debatte über die Weltarmut.

Von Andreas Cassee

Das Paradox ist schon lange bekannt: Staaten, die aus dem Verkauf von Ressourcen grosse Einnahmen erzielen, gehören zu den leidvollsten Armenhäusern der Welt. Der Rohstoffreichtum kommt der Bevölkerung nicht nur nicht zugute, er heizt Bürgerkriege an und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Einfluss ist umso grösser, je leichter die Ressourcen abzubauen sind: Wo keine grossen Investitionen und wenig Know-How nötig sind, um Profit aus der militärischen Kontrolle über ein rohstoffreiches Gebiet zu schlagen, ist der Boden für Warlords besonders fruchtbar.

Beispiele für den «Ressourcenfluch» sind Nigeria, das 96 Prozent seiner Handelseinkünfte mit dem Verkauf von Erdöl erzielt, Sierra Leone (96 Prozent Einnahmen aus Titanium und Diamanten) oder die Demokratische Republik Kongo (78 Prozent Einnahmen aus Kupfer und Kobalt) – alles Länder, die zu den 20 ärmsten der Welt zählen.

Internationale Ordnung begünstigt autoritäre Regimes

Oft wird die Tatsache, dass breite Bevölkerungsschichten unter dem Rohstoffreichtum ihres Landes leiden, statt davon zu profitieren, mit den lokalen Gegebenheiten erklärt. Es fehle an «good governance», heisst es dann jeweils, und im Hintergrund schwingt die Überzeugung mit, die Armen seien selbst schuld, wenn sie korrupte Diktatoren zu ihren Regierenden machen.

Gegen diesen rein nationalen Erklärungsansatz wehrt sich Thomas Pogge: «Es liegt an unseren Regeln, dass korrupte Putschisten uns die Rohstoffe der von ihnen brutal beherrschten Länder verkaufen, dass sie im Namen ihrer Länder Kredite aufnehmen und mit beiderlei Erlösen bei uns die Waffen kaufen können, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft brauchen».

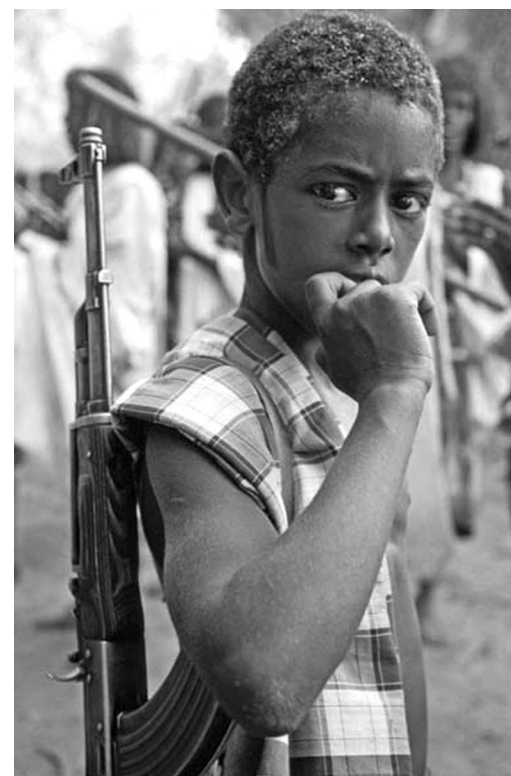
Das «Ressourcenprivileg», das machthabenden Gruppen zugestanden wird, ist weit mehr als die Anerkennung ihrer faktischen Verfügungsmacht über die Ressourcen des fraglichen Landes. Es besteht darin, rechtlich gültige und international anerkannte Eigentumsübertragungen an den Rohstoffen durchführen zu können.

Einer Bande von Kriminellen, welche die Wachen eines Warenhauses gewaltsam überwältigt hat, würden wir keinesfalls die Eigentumsrechte auf ihr Diebesgut zugestehen, so

Pogge. Doch ein Konzern, der einem Diktator Öl abkauft, gilt unhinterfragt als legitimer Eigentümer. Diese Praxis beschert uns billige Rohstoffe, setzt aber auch Anreize für Korruption und Putschversuche – also für genau dasjenige Verhalten, das oft als «lokale» Ursache der Armut behauptet wird.

Paradigmen-Wechsel in der Weltarmuts-Debatte

Dieser Vorwurf mag nicht wirklich neu sein, doch er hat einen Paradigmen-Wechsel in der ethischen Debatte über die Weltarmut eingeleitet. Lange Zeit wurden die Pflichten der Reichen gegenüber den Ärmsten dieser Welt im philosophischen Mainstream unter dem Vorzeichen der so genannten positiven Pflichten (Hilfspflichten) diskutiert. Pogge karikiert diese Debatte als eine Diskussion darüber, wozu wir verpflichtet wären, wenn wir auf der Venus plötzlich intelligente Lebewesen entdecken würden, die Not leiden, mit denen wir aber im Grunde nichts zu tun haben. Die Hungernden auf unserem Planeten sind aber keine Venus-Menschen. Wir sind kausal mitverantwortlich für ihre Not, und wir profitieren von den Praktiken, unter denen sie zu leiden haben. Damit sind die umstrittenen positiven Pflichten gar nicht nötig, um unsere Verantwortung gegenüber den Armen zu begründen: Wir haben negative Pflichten (Nichtschädigungspflichten)



verletzt und schulden Wiedergutmachung. Armutsbekämpfung ist somit keine Frage der Wohltätigkeit, sondern eine Frage der Gerechtigkeit.

Globale Umverteilung durch Ressourcenbesteuerung

Auch um konkrete Reformvorschläge ist Pogge nicht verlegen. Die Erlöse aus dem Handel mit Rohstoffen sollen der exklusiven Kontrolle durch die einzelnen Staaten entzogen werden. Mit einer «globalen Ressourcen-dividende» sollen die Armen dafür entschädigt werden, dass die Menschen des reichen Nordens überdurchschnittlich von den natürlichen Ressourcen unseres Planeten profitieren.

25 JAHRE GSOA

Ein notwendiger, faszinierender Prozess hat begonnen

von Andreas Gross

Sonntag, den 12. September: 120 Männer und Frauen zwischen 18 und 87 gründen im «Kreuz» in Solothurn die Gruppe «Schweiz ohne Armee». Die Enttabuisierung der Schweizer Armee hat begonnen. Sie wird nicht mehr nur in den kleinen Zirkeln der alten pazifistischen Organisationen in Frage gestellt. Sie ist zu **dem** Thema geworden, das heute in der Schweiz kritische Menschen verschiedensten Alters, mit den unterschiedlichsten politischen Erfahrungen und verschiedenster persönlicher Herkunft zusammenbringen kann.

Schon das ist mehr, als wir vor zwei Jahren erwarten konnten: Radikale Feministinnen und alte Sozialisten, Jugendbewegte und Ökologen, Jungsozialisten und Trotzkiten, Pazifisten und Religiössoziale, sie alle drängt es zur Diskussion und Verwirklichung der konkreten Utopie: Der Gesellschaft, die ohne Armee auskommen kann.

Die Idee, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Überwindung des «Fossils» Armee

öffentlich zur Diskussion zu stellen und anzugehen, hat in der Schweiz ein politisches Forum einzigartiger Breite geschaffen.

Dass dies einige Probleme mit sich bringen wird, ist zugleich folgerichtig, unvermeidbar und faszinierend: Folgerichtig, weil es bisher auch unter den kritischen und sensiblen Bürgern und Bürgerinnen in diesem Land keine Diskussionskultur und keinen gemeinsamen Diskussionszusammenhang gab. Unvermeidbar, weil die Tabuisierung der Armee in der bürgerlichen Öffentlichkeit zur Folge hatte, dass die Armee auch innerhalb der Linken nie wirklich kritisch hinterfragt und deren Bedeutung durchdacht worden war: Allzu sehr beruhigte man sich in diesen Organisationen mit Forderungen nach «Demokratisierung» der Armee – meiner Ansicht nach ein absurder Widerspruch in sich selbst, – war in Anlehnung an den alten Engels im Grunde genommen stolz auf den hiesigen «Milizcharakter», und scheute sich vor dem Aufbruch der nationalen Koalition, die sich im 2. Weltkrieg um die Armee herausgebildet hat und seither sozusagen heilig ist in der Schweiz. Die Linke hat deshalb auch die These nie

aufgenommen, der gemäss Begriffe wie «Nation», «nationale Verteidigung», «nationale Sicherheit» im Zeitalter und am Ort latenter Atomkriegsgefahr und damit des möglichen kollektiven Selbstmordes auch den kleinen Sinn verloren haben, den sie vielleicht einmal gehabt haben.

Faszinierend ist dieses Forum, das sich um die Abschaffungsidee zusammenfand deshalb, weil der Diskussionsprozess faszinierend sein wird, der nun bevorsteht: Der Prozess wird von allen Beteiligten einiges abverlangen. Dabei wird es darum gehen, unbesehen der eigenen Position, die Positionen aller anderen beteiligten Tendenzen ersteinmal zur Kenntnis zu nehmen, zu begreifen und vor deren Hintergrund die eigene Haltung neu zu überdenken.

Doch es wird nicht beim Diskutieren bleiben. Denn es ist richtig, dass man sich in gemeinsamen Aktionen am besten kennenlernt, und gemeinsame Erfahrungen den besten Kitt abgeben. Beispielsweise werden einige Gründungsmitglieder an der nächsten Vollversammlung im kommenden Februar vorschlagen, in der Schweiz zur aktiven Unterstützung und Teilnahme an den gewaltlosen, direkten Aktionen zur Verhinderung der Stationierung der Nato-Mittelstrecken-Atomraketen in der BRD, in Grossbritannien und in Italien zu mobilisieren. Denn daran wird in den kommenden zwei Jahren die internationale Friedensbewegung gemessen werden. Ebenso werden uns diese Erfahrungen erlauben, unsere nationalen Utopien in den absolut notwendigen internationalen Zusammenhang zu stellen.

25 Jahre – das ist etwa das Durchschnittsalter der derzeit aktiven GSoA-Generation. Und 25 Jahre – so alt wird dieses Jahr die GSoA. Anhand verschiedener Texte werden wir in dieser und den nächsten Ausgaben der GSoA-Zitig zurück- (und voraus-) schauen auf bewegte Jahre der politischen Auseinandersetzung, des Aufbruchs, berauschender Erfolge, aber auch der bitteren Niederlagen und des Sichwieder-Auffrassens.

Der nebenstehende Artikel erschien Ende September 1982 in der Friedenszeitung. Wir drucken ihn ab mit freundlicher Genehmigung von Andi Gross. www.andigross.ch.

BUCHBESPRECHUNG

Jahrhundert-Verräter Jeanmaire? Die offenen Archive zeichnen ein anderes Bild

Über den Fall Jeanmaire wurde schon viel geschrieben. Jürg Schoch ist es jedoch zu verdanken, dass er sich jetzt, wo die Archive öffentlich zugänglich sind, in akribischer und ausdauernder Arbeit daran gemacht hat, bisher geheim gehaltenes zu veröffentlichen.

Von Catherine Weber, grundrechte.ch

Die im Original wiedergegebenen Telefonabhörberichte, Überwachungsrapporte, geheimdienstlichen Aktennotizen und Verhörprotokolle geben gerade auf die Gegenwart bezogen einen tiefen Einblick in das Wirken derjenigen Apparate, die sich gar nicht oder nur sehr ungern in die Karten blicken lassen. Das Buch ist weit mehr als nur ein Blick in die Geschichte: Das Zusammenwirken von in- und ausländischen Geheimdiensten und Schnüffelpolizeien, sowie die Frage nach der Rolle von Politik und Medien sind aktueller denn je.

Vermutungen statt Beweise

Einige Monate vor seiner Verhaftung vom 9. August 1976 war der Brigadier noch Ehrengast an der traditionellen Jahreskonferenz des Eidgenössischen Militärdepartements. Seine Verhaftung fundierte auf wenig Beweisen, dafür auf umso zahlreicheren Vermutungen. Der Druck der CIA sowie das politische Klima des «Kalten Krieges» erzeugten aber eine Eigendynamik, die auch auf die Medien und damit auf eine breite Öffentlichkeit überschwappte – die Forderungen an den Stammtischen nach (etwas) Folter bei Verhören bis hin zur Todesstrafe waren dabei schon fast eine logische Konsequenz.

Eine zentrale Rolle spielte der damalige EJPD-Vorsteher, Bundesrat Kurt Furgler. In seiner historischen Rede vom 7. Oktober 1976 vor der vereinigten Bundesversammlung setzte er den Massstab für Jeanmaires spätere Verurteilung und Ächtung in der Gesellschaft:

«... Wir sind aber kein Polizeistaat und wollen es auch nicht werden. Die Vorstellung beispielsweise, jeder Geheimnisträger sei ständig zu überwachen, ist unserer auf Vertrauen basierenden Gesellschaftsordnung fremd und unwürdig. Wir haben im Bereich des Staatsschutzes die Aufgabe, durch sorgfältiges Abwägen aller Werte eine Synthese zwischen den Interessen der staatlichen Ordnung und der Freiheit des Einzelnen zu finden... Wie weit ging der Verrat Jeanmaires? Ich kann Ihnen darüber aus verständlichen Gründen keine detaillierten Angaben machen. An solchen hätten beispielsweise die russischen Dienste grösstes Interesse...»

Parallelen zur heutigen Situation

Obwohl Furgler wusste, dass die Beweislage dünn war, liess er mithilfe von Dramaturgie und Wortwahl keinen Zweifel daran, dass es sich bei Jeanmaire um DEN Landesverräter schlechthin handelte, habe er doch GEHEIMSTE Unterlagen an die Russen weitergegeben. Damals wie heute spielen die Medien eine wichtige Rolle: Sie sprangen auf den, von Politik und Ermittlungsbehörden vorbereiteten, Verräter-Zug auf, wurden aber zugleich von denselben Diensten überwacht. Dies in der Hoffnung, über einzelne recherchierende Journalisten an zusätzliche Informationen zu kommen. Parallelen zu heute finden sich auch in den Bemühungen der parlamentarischen Kontrolle, bzw. deren

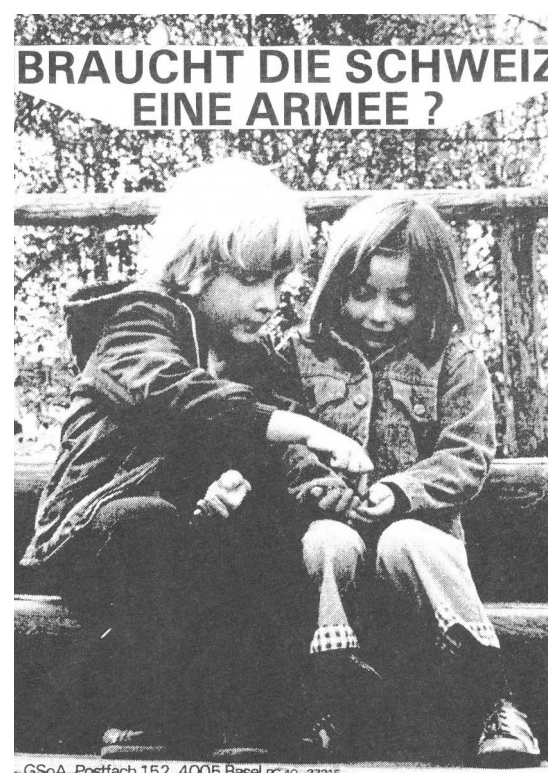
Grenzen: Auf konkrete Fragen der Untersuchungskommission gaben die Verantwortlichen aus der Verwaltung bewusst falsche oder unpräzise Antworten.

Wäre die ganze Affäre für den Betroffenen nicht so verheerend gewesen, könnte man das vorliegende Buch mit grossem Genuss lesen. Immerhin geben einige der im Buch dokumentierten polizeilichen Überwachungsberichte – sicherlich ungewollt – Anlass zum Schmunzeln. Vor allem aber sind sie wertvolle Zeit-Zeugen des Leerlaufs staats-

schützerischer Überwachung:

«Während des kurzen Aufenthaltes in Romont entdeckt er [Jeanmaire] durch das Fenster, auf dem Perron, einen Soldaten ohne Kopfbedeckung, lässt das Fenster herunter und schnauzt den Mann an. Er verwendet dabei (obschon in Zivil) das Wort Militärpolizei, wonach der «Kerl» sichtlich beeindruckt sein Tenu in Ordnung bringt. [Jeanmaire] lächelt verschmitzt...»

Fall Jeanmaire, Fall Schweiz – Wie Politik und Medien einen «Jahrhundert-Verräter» fabrizierten; Jürg Schoch, 2006, HIER & JETZT, Verlag für Kultur und Geschichte, Baden



GSoA, Postfach 152, 4005 Basel st. an. 27116

Wir brauchen deine Unterstützung

Sammeln helfen in einer Regionalgruppe
Möchtest du in einer GSoA-Regionalgruppe beim Sammeln mithelfen? Folgende Regionalgruppen können per Email kontaktiert werden:

basel@gsoa.ch
bern@gsoa.ch
gssa@gsoa.ch (Westschweiz)
luzern@gsoa.ch
winterthur@gsoa.ch
zuerich@gsoa.ch

Die Sammeltermine der Regionalgruppen sind ersichtlich unter www.kriegsmaterial.ch.

Argumentarium und Unterschriftenbogen
Die wichtigsten Fakten und Argumente zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wurden in einer 16-seitigen Bro-

schüre zusammengestellt. Diese kann mit untenstehendem Talon kostenlos bei uns bezogen werden, genauso wie Unterschriftenbögen und Faltprospekte zum Sammeln.

Der Unterschriftenbogen kann auch unter www.gsoa.ch oder www.kriegsmaterial.ch heruntergeladen werden.

Spenden

Bei allem Engagement der GSoA-AktivistInnen: Die Unterschriftensammlung kostet uns viel Geld. Ausgaben für Drucksachen, Portokosten für die Beglaubigung der Unterschriften, zusätzliche Stellenprozente auf unseren Sekretariaten, und vieles mehr, muss in Cash bezahlt werden. Mit einer kleineren oder grösseren Spende trägt du unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei. Herzlichen Dank!

fairplay:weltweit!

Kursangebot zur Solidarität in einer globalisierten Welt

Die Teilnehmenden lernen globale Zusammenhänge besser verstehen, um selber Einfluss nehmen zu können auf die Herausforderungen unserer Welt. Die Analysen über komplexe Zusammenhänge in Politik und Gesellschaft werden ergänzt mit Beispielen gelebter Solidarität in der Schweiz und in Ländern des Südens. Im Mittelpunkt von fairplay:weltweit! stehen folgende Themen: Entwicklungspolitisch(e) Zeichen setzen, Internationale Finanzmärkte und ihre sozialen Auswirkungen, Finanzströme, Migration – das andere entdecken, Ethik als Richtlinie fürs Handeln.

Kursleitung: Barbara Müller

ReferentInnen: Alessandro Pelizzari, Markus Mugglin, Zeliha Aktas, Hans Ruh, Matthias Dörnenburg

Daten: Grundkurs: 16./17. März, 20./21. April, 11./12. Mai, 1./2. Juni, 29./30. Juni

Zusatzangebote: 31. März, 28. April, 15. Juni

Anmeldeschluss: 3. März

Kosten: Grundangebot, drei Zusatzangebote, zwei Abendveranstaltungen im RomeroHaus: 1200.– Franken

Weitere Informationen und Anmeldung:

RomeroHaus, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern, Tel. 041- 375 72 72

E-Mail: info@romerohaus.ch/www.romerohaus.ch

GSoA

GRUPPE FÜR EINE SCHWEIZ OHNE ARMEE

20 m² in Bürogemeinschaft zu vermieten:
Wir haben noch Platz in unserem hellen, 50 m² grossen Büro. Wir würden gerne ca. 20 m² davon mit einer/ einem angenehmen UntermieterIn teilen. Wir liegen sehr zentral direkt am **Claraplatz** im 6. Stock (mit Lift). Mitbenutzung Kopierer, Drucker und Internet möglich, grosse Dachterrasse. Lagermöglichkeit vorhanden. Bevorzugt wird eine (eher linke) politische Organisation, ist aber nicht zwingend.

Kostenanteil Miete/ Monat: ca. 350 SFr.

Auf Ihre unverbindliche Anfrage freuen wir uns schon:
GSoA (Basel)
Clarastrasse 2
Postfach 240
4005 Basel
061 373 92 59
basel@gsoa.ch



GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	Friedensfahnen Pace, Peace Fr. 12.–
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.–	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.–

Neue T-Shirts

Ab sofort sind die neuen T-Shirts zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» erhältlich. Werde auch Du ein Teil der Waffenvernichtungsmassen und bestell dir mit untenstehendem Talon dein T-Shirt. Erhältlich für Damen und Herren und in 4 Grössen. Preis: 28.– Franken.



Bestelltalon

(Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «If war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.–	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.–	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr.15.–	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Faltprospekt zur Initiative		kostenlos	
	Broschüre mit Fakten und Argumenten		kostenlos	
	Unterschriftenbogen		kostenlos	
Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–				
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion:
Patrick Angele (pa), Daniel Bachofen (dba), Felix Birchler (fb, verantwortlich), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Ayres Freitas (af), Beat Hatz (bh), Barbara Heer (bah), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm), Christian Mueller (mue), Martin Parpan (mp), Julian Reich (jr), Rahel Ruch (rr), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

Gestaltung: Christina Meili, Zürich

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– / 10.–

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich
Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12
E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.